

1.

Abhandlungen

Modernisierung, Individualisierung und die Zukunft der direkten Demokratie

Andreas Urs Sommer

Abstract

Dieser kulturphilosophische Essay stellt die Entwicklung hin zu einer direkt-partizipatorischen Demokratie in einen weiten geschichtlichen Horizont. Verneuenzeitlichung bedeutet Beweglichkeitspotenzierung und Gestaltungsgewinnung des Individuums. Staatsauswuchs, Inklusionsausbau und Universalisierungsdruck gehen dabei Hand in Hand, aber auch Individualisierungsmüdigkeit lässt sich nur schwer ausräumen. Als der einzige dem diversifizierten Individuum angemessene politische Rahmen erweist sich die direkt-partizipatorische Demokratie, während starre Repräsentation dafür ungeeignet erscheint. Denn das Politische ist im Prinzip nicht delegierbar. Es unterliegt nicht der typisch modernen Arbeitsteilung. Es geht im Politischen um die Bedingungen der Möglichkeit des eigenen sozialen Seins.

Höher um die scharfe Kante

Sind Stapfen eingehaun, ein Wegesbruchstück!

Conrad Ferdinand Meyer: Die Felswand

Das Bedürfnis nach Beweglichkeit und Bewegungsfreiheit ist eine Signatur der Moderne. Zunächst einmal – wenigstens in Vor- und hoffentlich in Nach-Corona-Zeiten – ganz physisch das Bedürfnis und zugleich die Möglichkeit, stets auch irgendwo anders sein zu können und sein zu dürfen. Modernisierung ist von unausgesetzten Umwälzungen der Transport- und der Kommunikationstechnologien geprägt – und von der Universalisierung der Chancen, diese Technologien auch zu nutzen. Besaß im mittelalterlichen Dorf vielleicht einer ein Pferd oder einen Esel, und alle anderen mussten zu Fuß gehen, um zum nächsten Marktflecken zu gelangen, ist im selben Dorf heute jeder so ausgestattet, dass er mit Auto, Bus oder Eisenbahn nicht nur

zum nächsten Marktflecken, sondern an die Adria fahren kann. Modernisierung heißt Beweglichkeitspotenzierung.

Dabei ist die potenzierte Beweglichkeit keineswegs aufs Physische beschränkt. Der Wandel im Vergleich zur Vormoderne besteht nicht allein darin, dass sich die Jetztzeitmenschen viel schneller fortbewegen können und die Freiheit haben, dies auch zu tun. Sowie darin, dass sie über die Kommunikationsmittel verfügen, sich überall dort vernehmbar zu machen, wohin sie sich physisch nicht verfügen. Die Beweglichkeitspotenzierung betrifft vielmehr ihre geistige Wendigkeit gleichermaßen: Die Jetztzeitmenschen sind nicht mehr eingeschlossen in den engen Horizont ihres Herkommens; sie sind nicht beschränkt auf das, was ihnen Eltern und der Herr Pfarrer eingetrichtert haben. Die Grenze ihrer geistigen Welt ist nicht mehr die Grenze des Nachbardorfes, sondern sie können diese Grenze so weit spannen, wie es ihnen beliebt und wozu immer sie Lust und Kraft verspüren. Alles Bindende löst sich und Bewegung wird unausweichlich: Die Moderne zwingt jeder und jedem das Anderssein und das Andersdenken der Anderen auf. Niemand kann sich der Beweglichkeit entziehen – wesentlich übrigens auch nicht ökonomisch.

Zu den Schattenseiten der Beweglichkeit gehört Haltlosigkeit. Jede und jeder muss in der Bewegung ihre und seine Haltepunkte selbst bestimmen, wenn sie oder er schon keinen letzten Halt mehr hat. Bestimmen, was sie oder er der Bewegung nicht preisgeben will. Modernisierung ist wesentlich Mobilisierung.

A. Modernisierung als Gestaltgewinnung des Individuums

Mit Beweglichkeitspotenzierung nehmen die Chancen zur Individualisierung zu. Wer physisch und geistig die Möglichkeit hat, sich zu bewegen, kann anders werden als es die anderen sind. „[D]er Mensch wird geistiges *Individuum* und erkennt sich als solches“.¹ Die Entwicklung, die Jacob Burckhardt im 19. Jahrhundert für die italienische Renaissance beschrieben (und dafür viel Widerspruch geerntet) hat, ist eine Entwicklung, die keineswegs nur wie im 15. und 16. Jahrhundert auf einige wenige Personen beschränkt geblieben ist, sondern alle Menschen der westlichen Welt in ihren Bann geschlagen hat. Niemand kann mehr dem Schicksal ausweichen, ein Individuum sein zu müssen. Man könnte, physisch und geistig, stets auch

1 J. Burckhardt, Die Cultur der Renaissance in Italien. Ein Versuch. Zweite durchgesehene Auflage, Leipzig 1869, S. 104.

anderswo und damit ein anderer sein. Die Tendenz, es sein zu dürfen und es sein zu müssen, verstärkt sich seit einigen Jahrhunderten fortwährend.

Modernisierung heißt, wenigstens in der westlichen Welt, Gestaltungsgewinnung des Individuums, oder besser im Plural: *Gestaltungsgewinnungen der Individuen*. Dass wir es dabei keineswegs mit einer linearen Entwicklung zu tun haben, während der sich sukzessive Individualität immer stärker ausprägt, liegt freilich ebenso auf der Hand wie der Umstand, dass formale Gleichheit der Menschen – das Recht eines jeden und einer jeden, sich physisch, geistig, ökonomisch und lebenspraktisch zu wenden, wohin sie oder er will – in den letzten 200 oder 250 Jahren diese Gestaltungsgewinnungen befördert und beschleunigt hat.

Ein Individuum ist ein Mensch, der das, was er ist, selbst und immer wieder neu bestimmen muss. Es tritt aus seinen Gruppen- und Mitweltidentitäten heraus, bewegt sich, setzt sich ins Verhältnis zu dem sozial Gegebenen. Das Individuum der Neuzeit im Prozess der *Weltaneignung* will sich möglichst alles einverleiben und zugleich – was paradoxe Widersprüche provoziert –, im Prozess der *Weltabgrenzung*, sich von allem frei- und fernhalten, möglichst distinkt sein. Das Individuum ist zudem nichts Gegebenes, sondern etwas Gemachtes – etwas, was gemacht wird und etwas, was sich macht in Auseinandersetzung mit der sozialen Außenwelt.

Wenn Ernst Cassirer als „einfachste und prägnanteste Definition, die eine philosophisch-gerichtete ‚Anthropologie‘ für den Menschen zu geben vermöchte“ „die Bestimmung“ vorschlägt, „daß er der ‚Form fähig‘ ist“,² dann bedeutet das zum einen zwar, dass er in gegebene Formen hineinwächst, zum anderen aber ebenso, dass er diese Formen nutzt, womöglich verändert. Und das neuzeitliche Individuum als eine sehr spezifische Erscheinungsform des Menschen zeichnet es gerade aus, dass es diese Formungskraft, die an seiner geistigen Beweglichkeit hängt, maximal ausdehnt. Das neuzeitliche Individuum formt sich als ein Wesen, das formen kann – sich und die Welt. Darunter fallen nicht nur die Leonardos, die Shakespeares, die Newtons, die Kants, vielmehr, zur Selbstaufklärung und Selbstbestimmung gezwungen, jede und jeder von uns. Pauschal vergrößert erscheint das neuzeitliche Individuum als jene Ausprägung des Menschen, die sich bewusst ist, sich selbst und die eigene Welt prägen zu müssen, ohne das Vorgeprägte zum allein gültigen Maßstab nehmen zu können.

Das bedeutet selbstverständlich nicht, dass es nicht auch in anderen Epochen scharf konturierte Individuen gegeben hätte. Aber sie standen – siehe

2 E. Cassirer, *Zur Metaphysik der symbolischen Formen*. Hrsg. von J. M. Krois = *Nachgelassene Manuskripte und Texte*. Bd. 1, Hamburg 1995, S. 44.

den Fall Sokrates – doch häufig in scharfem Konflikt zu der Gemeinschaft, in der sie lebten, so sie dieser Gemeinschaft nicht – siehe den Fall Alexander von Mazedonien – ihren Willen aufzwingen konnten. Neuzeitlichkeit macht es aus, dass sich die Verhältnisse zwischen Individuen und Gemeinschaft lockern, dass die Zwänge des Herkommens, des Immer-schon-So abnehmen. Dass diese Verhältnisse in fast jeder Richtung verhandelbar werden.

Dass dabei das Individuum sich nicht nur finden und prägen, sondern auch verlieren kann, liegt auf der Hand. Dieses Sich-abhanden-Kommen ist ein Systemrisiko von Modernität. In postmoderner Theoriebildung erscheinen die Subjekte entsprechend geschwächt. Richard Rorty hat das „moralische Ich“ der Gegenwart „als ein Netzwerk von Überzeugungen, Wünschen und Emotionen“ zu fassen versucht, „hinter denen nichts zu finden ist – hinter den Attributen gibt es kein Substrat“.³ Individualität heißt nicht, eine Subjektsubstanz zu besitzen, ein festgefügtes „Ich“. Da ist der nietzscheanisch-postmodernistischen Subjektkritik zuzustimmen. Daraus folgt aber nicht, dass das Individuum nur ein Bündel von Eindrücken und Empfindungen wäre. Vielmehr ist das Individuum jene Spannung, jene Kraft, die die Eindrücke organisiert. *Individualität ist geformte Formungskraft, geprägte Prägekraft*. Dieses sehr neuzeitliche, sehr bewegte Individuum ist nicht bloß befähigt, politisch zu partizipieren. *Das moderne Individuum ist vielmehr zur Partizipation verurteilt*. Nur in der Partizipation kann sich die für dieses Individuum konstitutive Prägekraft verwirklichen.

B. Modernisierung als Staatsauswuchs und Inklusionsausbau

Modernisierung ist ein Prozess der Individualisierung. Aber nicht nur: Modernisierung ist auch ein Prozess der Verstaatlichung, einer immer lückenger werdenden, von Familien- und Herkunftsbanden abgelösten Organisation des Sozialen. Nicht nur das Individuum tritt in der Neuzeit hervor, formt sich in Abgrenzung und Auseinandersetzung mit seiner Umwelt, sondern auch, quasi kompensatorisch, der Staat, der die Individuen in regulatorische Fesseln legt, während sich die Spielräume ihrer physischen und geistigen Bewegungsfreiheit vergrößern: Nicht nur in der frühen Neuzeit⁴

3 R. Rorty, Der bürgerliche Liberalismus postmoderner Prägung, in: B. van den Brink/W. van Reijnen (Hrsg.), Bürgergesellschaft, Recht und Demokratie, Frankfurt am Main 1995, S. 141–150, hier S. 145.

4 Vgl. G. Oestreich, Geist und Gestalt des frühmodernen Staates. Ausgewählte Aufsätze, Berlin 1969, S. 11–156 u. 179–197.

diente der Staat wesentlich der Sozialdisziplinierung, auf die die Individuen mit Selbstdisziplinierung antworteten – eine Wechselwirkung von Druck und Gegendruck.

Dabei sind die Aufgaben sehr verschieden gewesen, die man im Laufe der Zeit dem Staat zugemutet hat. Der Ökonom Adolph Wagner hat bereits im 19. Jahrhundert nicht nur eine solche Variabilität der Staatsaufgaben festgestellt, sondern „erfahrungsmässig aus der *Geschichte* fortschreitender Culturvölker [...] eine bestimmte *Entwicklungstendenz* oder ein sogen. ‚Gesetz‘ der Entwicklung der Staatsthätigkeiten für Culturvölker“ abgeleitet, nämlich das „Gesetz der wachsenden Ausdehnung der ‚öffentlichen‘, bez. der Staatsthätigkeiten bei fortschreitenden Culturvölkern.“⁵

Das kann man mit jener Entwicklung in Verbindung bringen, die Rudolf Stichweh „Inklusionsrevolutionen“ nennt, und die spätestens mit dem 18. Jahrhundert einsetzt. „Mit ‚Inklusionsrevolution‘ ist der Sachverhalt gemeint, dass aus Funktionszusammenhängen, die über viele Jahrhunderte nur ganz kleine Teile der Bevölkerung erreichten und einbezogen, globale Riesensysteme geworden sind, für die der Tendenz nach jeder der 7,8 Milliarden Menschen, die auf der Erde leben (Anfang 2020) als eine Inklusionsadresse in Frage kommt.“⁶ Waren in Mittelalter und früher Neuzeit die meisten Menschen von den meisten geistigen, materiellen und sozialen Ressourcen abgeschnitten, die abgeschotteten Eliten vorbehalten waren, soll heute niemandem mehr prinzipiell dieser Zugang verwehrt bleiben – auch wenn faktisch die Zugänge noch immer ungleich verteilt sind. Die Ausdehnung von Staatlichkeit geht mit Inklusionssteigerung einher; mit breiterem Zugang zu Ressourcen ist auch eine breitere Ausprägung von Individualität möglich. Keineswegs kommt die Entwicklung von Staatlichkeit der Entwicklung von Individualität prinzipiell ins Gehege, obgleich punktuelle Konflikte unvermeidlich sind. Aus der parallelen Entwicklung von Individualisierung, Staatlichkeit und Inklusion folgt die praktische Notwendigkeit, dass die Individuen aktiv und direkt am politischen Leben, an dem, was Staatlichkeit soll und will, teilhaben. Nur so wird politische Inklusion Wirklichkeit.

„Nicht Ungleichheit, sondern historisch einmalige Homogenität dominiert die Lebenswirklichkeit.“⁷ Obwohl sich diese schlichte Beobachtung

5 A. Wagner, Allgemeine oder theoretische Volkswirtschaftslehre. Erster Theil: Grundlegung. Zweite vielfach verbesserte und stark vermehrte Ausgabe, Leipzig/Heidelberg 1879, S. 300, § 164.

6 R. Stichweh, Wie Inklusion und Exklusion Gesellschaften prägen, in: Forschung & Lehre, Nr. 4/2020, S. 298–300, hier S. 299.

7 R. Wehrli, Einspruch!, in: Schweizer Monat 1067, Juni 2019, S. 27–29, hier S. 27.

von Rudolf Wehrli in der gegenwärtigen sozialpolitischen Aufgeregtheit wie eine unerhörte Provokation liest – selbst dann, wenn man „Homogenität“ nicht mit „Gleichmacherei“, sondern mit „Angleichung der Lebensverhältnisse“ übersetzt –, liegt die Feststellung ziemlich nahe, dass heute unvergleichlich viel mehr Menschen Zugang zu Ressourcen, zu Möglichkeiten haben, die ihnen früher versagt geblieben sind. Sie erfreuen sich einer gewaltigen Beweglichkeitspotenzierung, vor allem in der westlichen Welt, aber nicht nur dort. Wehrli exemplifiziert das an der physischen Mobilität, die heute ein Massenphänomen geworden sei; fast jeder – Europäer, Amerikaner, wird man ergänzen – könne sich eine Flugreise leisten. Niemand müsse mehr viel Geld für gute Nahrung ausgeben, die Wohnverhältnisse und die medizinische Versorgung seien weitgehend und auf hohem Niveau angeglichen, alles wegen der Steigerung realer Kaufkraft. Die Liste ließe sich beliebig verlängern. Auch wer heute von Hartz IV leben muss, verfügt über genügend Nahrung, über eine Behausung mit fließendem Wasser und Toilette, über Strom, Heizung, Fernseher und Handy, kann seine Kinder in kostenlose Schulen schicken und sich frei bewegen. Das ist kein üppiges, aber ein auskömmliches Dasein, das mit dem Dasein der pauperisierten Industriearbeitermassen des 19. Jahrhunderts oder der Leibeigenen in der Vormoderne gar nicht zu vergleichen ist.

Evaluiert man diese Befunde jenseits ideologischer Voreingenommenheit, wird man sich nur mit äußerster Anstrengung um die Einsicht herumdrücken können, dass langfristig das Gewicht der ökonomischen Unterschiede immer geringer wird und dass damit die lebensbestimmende Kraft des Kapitals fortlaufend abnimmt: Auch wer ‚reich‘ ist, kann sich mit dem Reichtum immer weniger – weniger exklusive Möglichkeiten – kaufen als das ‚Reichen‘ in früheren Epochen möglich war. Zwar ist ein Maserati drin, der aber nicht viel mehr reale Optionen bietet als jeder billige Kleinwagen: Man kommt mit beiden zügig von A nach B. Die Lebenschancen des ‚Reichen‘ bei uns sind zwar im Vergleich mit den Lebenschancen jener, die in der südlichen Hemisphäre vom Hungertod bedroht sind, unendlich viel größer – aber auch die bei uns als ‚arm‘ Geltenden sind im Vergleich zu den Hungerleidenden in einer überaus privilegierten Situation. Und angesichts eines öffentlichen Bildungs-, Gesundheits- und Sozialwesens nimmt die Differenz zwischen Lebenschancen ‚Reicher‘ und ‚Armer‘ bei uns stetig ab.

Dieser Einsicht entgegen steht ein weitverbreitetes und hartnäckiges Empfinden, wonach ‚das‘ Kapital immer stärker unseren Alltag bestimme. Denn man hat ein unglaublich feines Distinktionsbewusstsein entwickelt: Man nimmt nun Unterschiede wahr, die für außenstehende Beobachter

kaum nachvollziehbar sind, weil die unterschiedlichen Produkte eigentlich genau dieselben Funktionen erfüllen – haarfeine Unterschiede etwa zwischen Kleider-, Handy-, Auto- oder Küchenmarken, die in ihrem Gebrauchswert allesamt gleich sind. An die Stelle realer Differenzen, an die Stelle der schreienden ökonomischen Kluft sind irreale, imaginierte Differenzen getreten. *Die angeblich so gähnende ökonomische Kluft in den europäischen Jetztzeitgesellschaften ist eine Kluft in der Verfügungsgewalt über symbolisches Kapital.*

Das Kernproblem der grassierenden ‚Kapitalismus‘- und ‚Neoliberalismus‘-Kritik ist die Diskrepanz zwischen einer durch den langfristigen Inklusionsausbau geweckten, universellen Inklusionserwartung und dem durch ebenso langfristige Individualisierung geweckten Individualisierungsanspruch. Man will einerseits, dass alle mitgenommen und mitgemeint sind und alle alles bekommen, andererseits will man gleichzeitig, dass jede und jeder ein ganz eigenes Individuum sein kann und sein muss. Inklusion und Individualisierung geraten in Widerspruch zueinander. Denn Individualisierung besteht wesentlich auch darin, etwas anderes zu haben und etwas anderes zu wollen als die anderen. Und die mit Individualisierung einhergehende Bewegungsfreiheit bedeutet im Übrigen auch, die Geschäfte machen zu dürfen, die man machen will.

Aber nicht nur Individualisierung, auch Inklusion bedeutet wesentlich, dass prinzipiell alle an jedem Teil des ökonomischen Lebens partizipieren können. Standes-, Geschlechts- oder Religionsschranken hindern niemanden mehr daran, auf die Weise sein oder ihr Geld zu verdienen, wie sie oder er will. Nun kann jede und jeder die eigene Arbeitskraft verkaufen, wie er oder sie will. Die ökonomische Inklusion als allgemeine Erschließung von Möglichkeiten des Wirtschaftens ist schon ziemlich weit gediehen, trotz aller real bestehenden Ressourcenverteilungsungleichgewichte. Wünscht man eine von traditionellen Befangenheiten freie Definition von Kapitalismus, müsste sie lauten: Kapitalismus heißt, dass möglichst alle ohne Schranken auch ins Wirtschaftsleben inkludiert sind.

Daraus erhellt sich auch, worum es sich bei der so beliebten ‚Kapitalismus‘- und ‚Neoliberalismus‘-Kritik im Kern handelt, nämlich um den Ausdruck eines fehlgeleiteten Exklusionsempfindens. *Würde diese Kritik anfangen, sich über sich selbst aufzuklären, müsste sie eine Kritik an Partizipationsverweigerung werden.* Denn nicht am allgemeinen Wohlstand mangelt es in unseren Breiten, sondern an der Partizipation. Die liegt aber nicht im und am Kapitalismus, sondern an der Organisation des Politischen – wenngleich die Forderung, auch das Arbeits- und Wirtschaftsleben zu demokratisieren, einiges für sich haben mag. Die Organisation des Politischen

ist in Strukturen befangen, die dem inkludierten und individualisierten Individuum nicht mehr gerecht werden.

Das Hauptleiden der europäischen Jetztzeit liegt darin, dass unser Selbstverständnis als mündige, urteils- und entscheidungsfähige Individuen von der politischen Realität nicht abgebildet wird. Dass unsere Urteile und Entscheidungen nicht interessieren, nicht zählen – oder doch bestenfalls alle vier Jahre, wenn wieder einmal Wahlen stattfinden. Die Aufklärung, das seit Jahrhunderten vermittelte Selbstbild des mündigen, selbstverantwortlichen Menschen zerschellt an der real praktizierten politischen Verwaltung der Welt.

C. Individualisierungsmüdigkeit

Aber dieses aufklärerische Selbstbild des Menschen zerschellt nicht nur daran. Womöglich ist die versuchte Versöhnung von Inklusion und Individualität nur künstlich. Womöglich liegen nicht nur die Tendenzen zur Inklusion und zur Individualisierung miteinander überkreuz. Nicht zu übersehen ist auch eine zur Individualisierung gegenläufige Tendenz, sich im wärmen-den Kollektiv einzunisten und sein Eigensein liebend gerne preiszugeben. Gut beobachten lässt sich das beispielsweise anhand der Verweltanschaulichung der US-amerikanischen Gesellschaft und der darin dominierenden politischen Parteien, deren Weltanschauungsdifferenzen noch in den 1950er und 1960er Jahren so gering war, dass sich Eltern damals kaum daran gestört haben, wenn das eigene Kind einen Anhänger der gegnerischen Partei als Partner auserkoren hatte.⁸ Heute hingegen steht die Parteinahme zugunsten der Republikaner oder Demokraten für eine Lebenshaltung, die der jeweils anderen unversöhnlich gegenübersteht.

In Deutschland lässt sich eine entgegengesetzte, die alte Bipolarität von CDU/CSU und SPD gerade überwindende Entwicklung beobachten: die sogenannten Volksparteien, einschließlich der Grünen, der FDP und in manchen Teilen der regierungslüsternden Linken, nähern sich programmatisch und mentalitär einander immer stärker an. Die SPD und auch die CDU verlieren den einst sehr breiten Wählerrückhalt. Dafür bilden sich dann politische Gegenidentitäten an den Rändern links und rechts, die man von der Mitte her als potentiell verfassungsfeindlich mit wechselndem Erfolg auszugrenzen sucht. Wenn Torben Lütjen die US-amerikanische Entwicklung

8 Vgl. E. Klein, *Why We're Polarized*, New York/London/Toronto 2020, S. 74 f.

„als *Paradoxe Individualisierung*“ beschreibt, „da die gewonnenen Freiheiten zum Rückzug in die Echokammer eingesetzt werden: Man wählt, nicht ständig die Wahl haben zu müssen“, ⁹ könnte man für Deutschland die Gendiagnose einer ebenso paradoxen Individualisierungsvermeidung stellen, jedenfalls für das Gros der Wählerschaft, die sich in einer Wohlfühlmitte einrichtet, die alle scharfen Unterschiede, alle Eigenheiten tapfer oder ängstlich meidet. Die dem Gros des *juste milieu* Abholden erweisen sich groteskerweise als die eigentlichen politischen Individualisten, obwohl sie den Individualismus für Teufelszeug halten, weil sie entweder ganz links dem Phantasma des proletarischen Kollektivs oder ganz rechts dem Phantasma des homogenen Volkes anhängen. Die ausgemachten Feinde der Individualisierung praktizieren sie wider Willen am exzessivsten.

In beiden scheinbar so konträren Fällen der US-amerikanischen und der deutschen politischen Gegenwartslandschaft könnte man also eine verschieden ausgeprägte *Individualisierungsmüdigkeit* grassieren sehen. Woher rührt die? Angenommen, dass westlich-neuzeitlich sozialisierte Menschen ein zwar historisch kontingentes, aber mittlerweile basal gewordenes Bedürfnis verspüren, nicht nur ihr persönliches Leben nach eigenen Maßstäben zu führen, sondern auch die politischen Rahmenbedingungen dieses Lebens mitzubestimmen: Dann liegt die Vermutung nahe, diese Individualisierungsmüdigkeit gründe nicht zuletzt darauf, dass die repräsentative Strukturierung des politischen Feldes – die darin wirksame Nötigung, sich durch Repräsentanten vertreten zu lassen – die Menschen daran hindert, jeweils eine Wahl zu treffen, die nicht bloß eine Wahl zwischen verschiedenen Parteien ist, sondern eine direkte Entscheidung über die politischen Rahmenbedingungen des eigenen Lebens.

Im repräsentativen System kann ich bestenfalls diejenigen Personen wählen, die mich vertreten sollen, wenn es um die Gestaltung des politischen Raumes geht, aber ich habe nur einen sehr mittelbaren Einfluss auf diese Gestaltung selbst. Ich bin nicht wirklich gefordert, das mitzubestimmen, was mich existenziell angeht. Ich muss mich damit bescheiden, mir einen Lebensstil oder eine Weltanschauung anzueignen, der oder die hoffentlich verbreitet genug ist, dass deren Hauptvertreter Aussicht haben, den politischen Raum zu gestalten, ohne dass ich selbst an dieser Gestaltung aktiv teilhaben kann. Die politische Individualisierungsmüdigkeit wäre demzufolge also das Symptom einer chronischen *politischen Unterforderung*: Weil das repräsentative System uns ohnehin nicht mithandeln lässt,

9 T. Lütjen, Amerika im Kalten Bürgerkrieg. Wie ein Land seine Mitte verliert, Darmstadt 2020, S. 238.

verzichten wir der Einfachheit halber ganz auf politische Individualisierung und träumen von kollektiven Identitäten, in denen wir aufgehen und durch die wir etwas erreichen.

Man könnte weiter therapeutisch mutmaßen, dass man dem Druck zur Verweltanschaulichung und Kollektividentitätsbildung – einerseits (in den USA) mit Doppelpolarität, andererseits (in Deutschland) mit großem Mittelfeld und identitätsdifferenten Rändern links und rechts – am besten dadurch entgehen könnte, *indem man Identitätsfestschreibungen vermeidet, politische Unterforderung abbaut und die Menschen zur Mitsprache zwingt*. Der Weg dahin ist eine direkt-partizipatorische Demokratie. Direkt-partizipatorische Demokratie verflüssigt Pole und ideologisches Packeis. Direkt-partizipatorische Demokratie bedeutet ein ständiges Sich-Rechtfertigen-Müssen, weil stets für jeden und für jede neue Entscheidungen anstehen, wie der politische Raum zu gestalten ist. Individualisierungsverweigerung würde dadurch deutlich erschwert, Individualitätsmüdigkeit vermieden: Denn ich bin stets neu gefordert, mich zu positionieren und Gründe für meine Positionierung den anderen Individuen gegenüber anzugeben, die unter denselben Rechtfertigungszwängen stehen.

D. Universalisierungsdruck – in Moral, Recht, Wirtschaft und Information

Der Individualisierung steht ein bereits seit einigen Jahrhunderten anhaltender Universalisierungsdruck gegenüber – nämlich eine Entwicklung hin zur Etablierung universeller Rechts- und Moralnormen, die das mündige Individuum als idealtypische Repräsentation der Menschheit hinstellen und alle Menschen zu solchen mündigen und gleichberechtigten Individuen machen wollen. Für diese Entwicklung hat Hegel die Losung ausgegeben, dass jeder vernünftigerweise mit ihr konform gehen müsse, denn: „Die Weltgeschichte ist der Fortschritt im Bewußtsein der Freiheit, – ein Fortschritt, den wir in seiner Notwendigkeit zu erkennen haben.“¹⁰ Allerdings teilen erstens keineswegs alle neuzeitlichen Individuen diese Einschätzung. Viele halten den Glauben an die Universalisierung von Recht und Moral für einen gefährlichen, leicht totalitär werdenden Irrtum. Zweitens reicht für viele das „Bewusstsein der Freiheit“ nicht aus, sondern sie setzen auf konkrete Freiheitszugewinne – Hegel tat es natürlich auch schon. Drittens gehen mit der

10 G. W. F. Hegel, Vorlesungen über die Philosophie der Weltgeschichte. Bd. 1: Die Vernunft in der Geschichte, hrsg. von Johannes Hoffmeister, Hamburg 1994, S. 63.

Etablierung universeller Rechts- und Moralnormen Konformitätszumutungen einher, die die Spielräume des Individuums, ganz eigene Wege jenseits des Universalisierungsdrucks zu gehen, immer stärker einschränken. Universalisierung und Individualisierung scheinen neuzeittypische, aber oft stark konkurrierende Tendenzen zu sein, die sich womöglich auf dem hegelianischen Reißbrett, aber nicht so leicht in der historischen Wirklichkeit dialektisch versöhnen lassen.

Man könnte die gegenwärtige politische Individualisierungsmüdigkeit auch damit in Verbindung bringen, dass wir unter dem Universalisierungsdruck, der sich in bestimmten Milieus derzeit moralisch akut verschärft, vieles nicht mehr sagen dürfen, was wir eigentlich sagen wollen, weil es sich nicht mehr ins Moralkorsett fügt.¹¹ Paart sich der Universalisierungsdruck da mit dem Druck, sich individueller, eigensinniger Lebensäußerungen zu enthalten, zumal in Deutschland, wo man es mit dem moralischen Universalismus besonders ernst nimmt? Oder plakativ gefragt: Ist verordnete Politische Korrektheit dafür verantwortlich, dass ich lieber davon Abstand nehme, öffentlich sichtbar ein ganz eigenes, eigensinniges und eigenartiges Individuum zu sein?

Diese Fragen ohne Zögern zu bejahen, wäre ein wenig kurzatmig. Denn die Bejahung hieße, ein rezentes Phänomen wie die postreligiöse Moralisierung der Öffentlichkeit zur Ursache einer viel weiter zurückreichenden Tendenz zu machen. Die Bejahung dieser Fragen hätte die historischen Langzeitperspektiven nicht im Blick und wäre bloß eine Verallgemeinerung von negativen Augenblicksbefindlichkeiten. Überdies reicht die Zwingkraft der Politischen Korrektheit keineswegs so weit, wie sich das ihre wirklichen und eingebildeten Opfer gerne ausmalen. Es ist noch immer möglich, sich öffentlich und ohne nennenswerten Reputationsschaden von Politischer Korrektheit abzugrenzen. Anders gesagt: Individualität ist möglich, sogar in einem Maße wie niemals in einer anderen uns bekannten Gesellschaft. Die Jetztzeitkultur ist eine Kultur der Möglichkeiten, der exponentiell gesteigerten Möglichkeiten. Eine Kultur, in der jede von ihren Möglichkeiten Gebrauch machen will und Gebrauch machen kann. Dabei ist die Möglichkeit, moralische Urteile zu fällen, womöglich die billigste von allen Möglichkeiten, denn sie steht allen jederzeit zu Gebote. Moralisierung ist häufig genug die Waffe der ökonomisch und politisch Benachteiligten.¹²

11 In diese Richtung argumentiert *M. Politycki* in: *ders./A. U. Sommer*, Haltung finden. Weshalb wir sie brauchen und trotzdem nie haben werden, Stuttgart 2019, S. 7–9 u. passim.

12 Siehe in historischer Perspektivierung dazu *A. U. Sommer*, Werte. Warum man sie braucht, obwohl es sie nicht gibt, Stuttgart 2016, S. 56–58.

Das wirkliche Problem der Individualisierungsmüdigkeit besteht nicht darin, dass uns moralischer Universalismus mundtot gemacht hätte. Wir sind auch nicht so sehr existenziell individualisierungsmüde geworden. Vielmehr stoßen wir mit der Individualisierung an eine Wand, eine Mauer, und zwar im politischen Raum. Wir sind politisch individualisierungsmüde, denn die Individualisierung geht politisch ins Leere, weil sich vermeintlich unüberwindliche Hindernisse vor ihr auf türmen: Das große Freiheitsversprechen der Individualisierung – der starke Strom von Renaissance und Aufklärung bis in die Gegenwart – wird in der rein repräsentativen Demokratie nicht eingelöst. *Wir sind individualisierungsmüde, weil wir als handelnde, als entscheidende Individuen politisch nicht gefragt sind* – weil wir entkräftet und es leid sind, mit unserem Kopf ständig gegen eine Mauer zu stoßen. Weil wir uns, wenn wir nicht Berufspolitiker werden wollen, mangels (Aus-)Übungsmöglichkeit gar nicht als politisch handelnde Individuen konstituieren können.

Dabei wären die Voraussetzungen dafür eigentlich bestens. Nicht nur theoretisch, weil wir uns seit einigen Jahrhunderten im Allgemeinen über uns selbst aufgeklärt und uns als für sich selbst verantwortliche Individuen wahrzunehmen begonnen haben. Sondern auch praktisch, weil wir, freilich erst seit Kurzem, über breitestmögliche Informationen verfügen oder doch zumindest verfügen könnten. Dies erst befähigt uns, politisch mündige Bürgerinnen und Bürger zu werden. Die Universalisierung ist nicht nur eine moralisch-rechtliche und ökonomische Globalisierung, sondern auch eine Globalisierung der Daten und ihrer Zugänglichkeit. *Das Informationsprivileg von Berufspolitikern ist erloschen*. Jeder kann sich jedes mögliche Wissen leicht besorgen. Also sollte er oder sie auf dieser individuell unterschiedlich gefügten Wissensbasis auch direkt über politische Sachgeschäfte entscheiden können. Jede Bürgerin ist, mit ihrem Willen und ihrer Bereitschaft zum Wissen, genauso imstande, politische Sachgeschäfte zu verstehen wie ein Berufspolitiker, der gewöhnlich auch keine vertieften Fachkenntnisse im Straßenbau, in der Mietpreisentwicklung, in der Rentensterchastik oder in der Verteidigungsbereitschaft vorweisen kann. Der Wissensvorsprung der Berufspolitiker hat sich pulverisiert. Also entfällt ein wesentlicher Grund, sich durch sie eine ganze Legislaturperiode hindurch vertreten und bevormunden zu lassen, anstatt selbst mitzuentcheiden.

E. Homogenität und Gruppendynamiken

Individualisierung durchbricht Homogenität – durchbricht die Zugehörigkeit zu einer Gruppe, zu der man als Zugehöriger keinen wesentlichen Unterschied macht, sondern in der man umstandslos aufgeht. In einer homogenen Gruppe ist man das, was man ist, wesentlich dadurch, dass man ihr zugehört. Gegen die Tendenz der Individualisierung sind in der Neuzeit immer wieder Bestrebungen der Homogenisierung und Uniformierung auf den Plan getreten, nicht nur in allerlei Absolutismen und Totalitarismen, sondern auch in der ehrwürdigsten Demokratietheorie des 18. Jahrhunderts, derjenigen Jean-Jacques Rousseaus. Rousseau postuliert eine Übereinstimmung von Regierenden und Regierten, entwickelt seine Vorstellung direkter Demokratie auf der Grundlage einer in sich homogen gefügten Gemeinschaft, die einen Gemeinwillen hat, der, ist er einmal entdeckt, nur in eine einzige und eindeutige Richtung weist. Diese Homogenitätsprämisse ist der Geburtsfehler neuerer Theoriebildung zur direkten Demokratie. Direkt-partizipatorische Demokratie in der Jetztzeit soll demgegenüber nicht auf Homogenität, sondern auf Heterogenität gründen. Denn gerade weil wir so verschiedenartig geworden sind, ist es erforderlich, sich immer wieder mit all den andern abzustimmen. Und das geschieht am besten durch Abstimmungen über politische Sachthemen. *Voraussetzung für eine gelingende direkt-partizipatorische Demokratie ist nicht Einhelligkeit, sondern Verschiedenheit.*

Individualisierung steht der Gruppenbildung nicht entgegen. Eher fördert sie sie, wobei es modernitätsspezifisch ist, dass die Frage, welchen Gruppen man angehören will, zwar nicht völlig ins individuelle Belieben gestellt ist, aber doch schon über weite Strecke eine Frage persönlicher Entscheidung ist. Es gibt keine starren Stände-, Rassen- oder Geschlechterordnungen mehr, gegen die der Einzelne prinzipiell machtlos wäre – von der Kraft der Trägheit einmal abgesehen, gewöhnlich bei den Gruppen zu bleiben, in denen man sich gerade einigermaßen wohl befindet. Mit den Wahlmöglichkeiten vervielfältigen sich die Gruppen und damit die gruppentypischen Exklusions- und Inklusionsmechanismen: Eine Gruppe lebt davon, dass sie manches und manche einschließt, manches und manche aber auch ausschließt. Wenn Bayern München gegen Schalke 04 antritt, kann man nicht beiden Fangruppen gleichzeitig angehören.

Jedoch erodieren durch diese Vervielfältigung der Gruppen und der Gruppenzugehörigkeit starre Inklusions- und Exklusionsautomatismen. Sie schleifen sich ab und verlieren ihren Biss, denn der Einzelne gehört zu vielen Gruppen an, deren Einschluss- und Ausschlussmuster eigentlich zuei-

nander im Widerspruch stehen, aber im Individuum weder systematisch geordnet noch aufgelöst werden: Heute nimmt man zwar für Schalke 04 gegen Bayern München Partei, aber wenn übermorgen Schalke 04 gegen den SC Freiburg spielt, schlägt man sich auf die Seite der Freiburger. So zerbröseln durch die Vielfalt der oft zudem nur halben, probeweisen oder vorläufigen Gruppenzugehörigkeiten auch das herkömmliche Entweder-Oder, nämlich dabei oder draußen zu sein: Zwar sympathisiere ich mit der Partei ABC, bin jedoch in Umweltfragen den Positionen der Partei CBA zugetan, während mich wirtschaftspolitisch die Partei CAB am ehesten überzeugt. Gruppenidentitäten werden so instabil und transitorisch wie die Gruppenzugehörigkeiten, denn sehr viele Gruppen haben eine schwankende, notorisch veränderungsgeneigte Anhängerschaft, mit deren Hilfe sich keine Religionen gründen lassen. Niemand gehört nur noch einer Gruppe und der mit ungeteilter Inbrunst an, es sei denn, das Stammesdenken sei so ausgeprägt wie bei den Demokraten und den Republikanern in den USA, wo die Angst vor Marginalisierung und Zurücksetzung derart groß geworden ist, dass man sich dauerhaft in seiner Gruppe einmauert.

F. Eigeninteresse gegen Gemeininteresse und die Kraft situativer Homogenisierung

Gegen die Ermächtigung der Bürgerinnen und Bürger zu politisch entscheidungsmächtigen Akteuren wird gerne eingewandt, sie würden bei ihren Entscheidungen bloß ihren Individualinteressen folgen, anstatt das Gemeinwohl im Blick zu behalten. Abgesehen davon, dass nicht ersichtlich ist, weshalb dies bei gewählten Repräsentanten anders sein sollte, zumal die sich vom existenziellen Individualinteresse, wiedergewählt zu werden, nur schwer losmachen können, ist jedoch gar nicht klar, ob mit dem klassischen Gegensatz von Eigeninteresse und Gemeininteresse überhaupt noch sinnvoll zu argumentieren ist. Denn es wird zwar jede Bürgerin und jeder Bürger erwarten, dass ihre oder seine eigenen Interessen im Gemeinwesen zur Geltung kommen. Zugleich aber wird sie oder er meist auch annehmen, dass diese Verwirklichung ihrer Interessen zugleich dem Gemeinwohl diene, nicht bloß, weil sie selbst dann zufriedener sind. Selbst wer für extreme Positionen ganz links oder ganz rechts auf dem politischen Spektrum eintritt, tut dies kaum, weil sie oder er sich davon die optimale Verwirklichung privater Eigeninteressen verspricht, sondern, weil sie oder er davon überzeugt ist, dass das Angestrebte – beispielsweise die Diktatur des Proletariats oder der faschistische Führerstaat – das allgemein Wünschenswerte sei und das Gemeininteresse am besten befriedige. Man kann versuchen, ihr

oder ihm diese Meinung auszureden, aber es gibt keine objektive, neutrale Instanz, die unfehlbar feststellen kann, was tatsächlich das Gemeininteresse ausmacht.

Jeder individualisierte Gegenwartsmensch hat seine eigene Vorstellung davon, wie das Ganze gestaltet sein soll. Jeder hat das Recht, die eigene Vision von Weltglück oder vom Gemeinwohl in den politischen Betrieb einzuspeisen, sogar, wenn es radikale Ansichten sind. Eine gewisse Zuversicht, dass sich die radikalsten Positionen zumindest auf längere Sicht gegenseitig abnutzen und neutralisieren, scheint nicht die unvernünftigste Erwartung zu sein. Jedenfalls hat sich die alte Unterscheidung von Gemeinnutz und Eigennutz überlebt, die es bisher rechtfertigte, das Individuum mit seinem angeblichen reinen Eigennutzinteresse aus der Politik herauszuhalten.

Direkt-partizipatorische Demokratie, die auf repräsentativistisch erzwungene Festlegung globaler Ideologien verzichtet, deren Vertreter man dann alle paar Jahre wählen kann, bedeutet: unausgesetzte Kommunikation divergent gesinnter Personen über konkrete politische Entscheidungen. Diese Kommunikation – die in Abstimmungen zwar münden, denen aber lange Debatten vorangehen – schafft Partikularhomogenisierungen unter heterogenen Individuen und Gruppen. Das wiederum heißt, dass Partikularhomogenitäten gerade durch direkt-partizipatorische Demokratie immer wieder neu hergestellt werden – in einer Zeit, in der statische Stände- oder Ideologie-Homogenitäten verloren sind und verloren sein sollen. Gerade deswegen braucht es in der Gegenwart direkt-partizipatorische Demokratie: *um immer wieder zu einem gemeinsamen Nenner zu kommen*. Dieser Nenner ist nur ein momentaner gemeinsamer Nenner, aber mehr ist in der Kultur der Möglichkeiten schlechterdings nicht zu haben – und überdies nicht wünschbar. Kommunikation homogenisiert und heterogenisiert. Direkt-partizipatorische Demokratie ist permanente Kommunikation möglichst aller über das, was man für eigentlich wichtig hält.

G. Populismus, Krise der Demokratie oder Krise der Repräsentation?

Die berüchtigte Tyrannei der Mehrheit ist das Letzte, was uns in Westeuropa droht, denn die homogene oder sich homogenisierende Masse, von der die Soziologie und die Psychologie des 20. Jahrhunderts so viel Aufhebens machte, ist dort ins politische Nirwana verdunstet. Die Masse ist den Individuen mit ihren perspektivischen Partikularwelten und ihren perspektivischen Partikularinteressen gewichen, die sich punktuell zusammentun, wenn sie Interessensüberschneidungen feststellen, um nach kurzzeitiger

Kooperation wieder ihrer eigenen Wege zu gehen. Ein anschauliches Beispiel geben die sogenannten Anti-Corona-Demonstrationen, bei denen man nicht gegen das Virus, sondern gegen die angeblich totalitären Regierungsmaßnahmen opponiert: Da marschieren Anarcho-Libertäre und Öko-Fundis traut Seite an Seite mit Reichsbürgern und Neonazis, um noch am selben Abend nach getaner Protestarbeit gegeneinander Gift und Galle zu spucken.

Die etwas hilflos „Populismus“ genannte, politische Strategie ist über weite Strecken nicht mehr als die rhetorische Suggestion einer umfassenden Gemeinsamkeit, beispielsweise eines Volksganzen. Auf Basis dieser Suggestion wird dann das etablierte System verteilter Macht, das institutionelle politische Gefüge unter Generalverdacht gestellt. Die Gemeinsamkeitssuggestion funktioniert aber nur für Augenblicke, denn die erzeugte Masse ist hochgradig instabil, weil inhomogen. Einerseits bricht die populistisch erzeugte Masse immer wieder auseinander, da die Zentrifugalkraft der einzelnen Elemente zu stark ist. Der Populist muss sein Programm stets anpassen, um neue vermassungsfähige Themen zu finden, so dass ideologische Kohärenz nicht zustande kommt – siehe den Fall Donald Trump. Andererseits sind die Augenblickserfolge solcher populistischen Gemeinsamkeitssuggestionen zumindest ein Symptom – ein Symptom nicht für eine generelle Krise der Demokratie, sondern für eine Krise des demokratischen Repräsentativismus. Individualisierung, wie sie neuzeittypisch ist, führt dazu, dass sich jeder für den besten Repräsentanten seiner selbst und seiner Interessen hält, und dass Individuen in Interessengemeinschaften mit anderen ein-, aber auch aus ihnen austreten, je nachdem, wie es ihnen gerade tunlich erscheint. Fühlt man sich ungehört und zum Beiseite-Stehen verurteilt, ist die Versuchung groß, sich mit möglichst vielen zu verbünden, um als ‚kritische Masse‘ etwas auszurichten. In Ermangelung anderer Alternativen kommen einem dann populistische Gemeinsamkeitssuggestionen gerade recht.

Solange das Individuum an politischen Sachentscheidungen nicht partizipieren kann, ist Populismus unvermeidlich. *Der Populismus entsteht aus der Diskrepanz zwischen Mitentscheiden-Wollen und Nicht-mitentscheiden-Dürfen.* Er wird so lange bestehen bleiben, als die Bedürfnisse des Mitentscheiden-Könnens nicht hinreichend befriedigt sind.

H. Parteien- und Klassenverwirrung

Politische Parteien gründen auf der Idee der Repräsentation. Nach dieser Idee haben die Bürger eine beschränkte Anzahl von Interessen; und die Parteien sind dazu da, den vier oder fünf Hauptinteressenschwerpunkten in

der Bevölkerung politische Durchsetzungskraft zu verleihen. Einst schien sich der Bürger darauf verlassen zu können, dass ‚seine‘ Partei auch seine Interessen wahrnimmt, und daher hat er sie mit schöner Regelmäßigkeit gewählt. Nun wird darüber gerätselt, warum das heute nicht mehr so ist.

Die vormoderne Idee der Repräsentation ist angemessen gewesen in einer Welt, in der die Interessenlagen der einzelnen Bevölkerungsgruppen noch klar und eindeutig waren: Da gab es die Bauern, die von drückenden Abgaben befreit werden wollten; da gab es das Bürgertum, das seine wirtschaftliche Macht gerne um politische Macht erweitert gesehen hätte; da gab es den Adel und den Klerus, die ihre Privilegien behalten wollten. Die Idee der Repräsentation ist die Idee aus einer ständisch organisierten Welt, in der nur eine sehr beschränkte Vielfalt von Interessen existierte.

Die Parteiendemokratien haben die starre ständische Repräsentation zwar aufgebrochen – jede und jeder darf bei der nächsten Wahl eine andere Partei wählen, weil sich die eigene Interessenlage verändert hat. Aber die Idee der Repräsentation selbst hält nicht wirklich Schritt mit dem, was Modernisierung wesentlich ausmacht, nämlich Individualisierung. Individualisierung wiederum bedeutet nicht zuletzt eine Vervielfältigung der Interessen und Perspektiven. Diese lassen sich nicht mehr schematisch in den Programmen und Handlungsszenarien von drei, vier Parteien abspiegeln. Es ist also, weil jedes Individuum seine ganz eigenen Interessen hat, völlig normal, dass es sich nicht mehr von einer Partei repräsentiert fühlt.

Die Lösung dieses Problems ist der Abschied von der Parteienorientierung in unserem Demokratieverständnis und die Hinwendung zur direkten Partizipation. Wenn man die Bürgerin und den Bürger als mündige Wesen ernst nimmt, gibt es keinen Grund, ihre direkte Beteiligung an allen relevanten politischen Sachentscheidungen zu fürchten. Was spricht denn dagegen, ihnen genau gleich viel gesunden Menschenverstand zuzutrauen wie den Berufspolitikern? Direkt-partizipatorische Demokratie, wo über jede politische Frage vom Neubau des Dorfschulhauses bis zur Beschaffung neuer Kampfjets abgestimmt werden kann, funktioniert allerdings nur, wenn man sich in ihr einübt, das heißt, sie in größter Regelmäßigkeit praktiziert – statt alle 20 Jahre einmal über den Brexit oder Stuttgart 21 Plebiszite abzuhalten. *Nur mit Übung kann sich politische Urteilskraft bilden. Nur mit Übung kann sich politische Handlungskraft bilden.*

Sind die Parteien schon mürbe, dann feiern doch womöglich die sozio-ökonomischen Klassen, die seit Karl Marx das Mantra der dogmatischen Linken sind, ihre Wiedergeburt in einem neuerwachten Klassenbewusstsein. Freilich schaut der revolutionär nur mäßig erregbare Betrachter mit einer gewissen Rührung auf die Klassenidee als Relikt der Vorzeit, in dem

sich eine große Sehnsucht artikuliert, nämlich die der Ohnmächtigen, repräsentiert zu werden. Ihnen musste im damaligen staatlichen Ordnungsgefüge Repräsentation als die einzige Chance erscheinen, politisch handlungsmächtig zu werden; also wurden die „Klassen“ erfunden, um möglichst viele Menschen unter einen Schirm zu stellen und für die dann, wenn schon nicht die ganze Macht, so doch zumindest Vertretung, zumindest Gehört-Werden, zumindest Mitbestimmung zu verlangen. Und gleich standen Gewerkschaften und Parteien bei Fuß, um diesem Verlangen Nachdruck zu verschaffen. In einer nach Repräsentationsgesichtspunkten organisierten, restfeudalen politischen Welt des 19. Jahrhunderts machte Klassendenken sehr viel Sinn. In einer nach Partizipationsgesichtspunkten organisierten, auf Mündigkeit gepolten politischen Welt des 21. Jahrhunderts wird Klassendenken sich überlebt haben.

Die angebliche Krise der Demokratie ist nichts weiter als eine Krise der vormodernen Idee der Repräsentation, nämlich der Prozess ihrer Selbstzersetzung. Das heißt allerdings keineswegs, dass die Gegenwartsmenschen fensterlose Monaden wären, die weder repräsentiert werden, noch repräsentiert werden wollen. Sehr viele Dinge packen sie nach wie vor nicht in eigener Regie an, sondern lassen andere, Fach- und Sachkundigere an ihrer Stelle agieren: Die Steuerberaterin repräsentiert sie gegenüber dem Finanzamt, der Betriebsrat gegenüber der Geschäftsleitung, die Vereinspräsidentin gegenüber der Mitgliederversammlung. Was sich zersetzt, ist die Idee einer festen, dauerhaften Repräsentation, als ob es ein festgefrorenes Spiegelbild der Repräsentierten in der Repräsentantin gäbe. *Die Jetztzeit zeichnet es aus, dass Repräsentation situativ wird, sich ändert je nach Konstellation, Interesse, Präferenz.* Ich fühle mich nicht mehr in der Partei Z oder der Klasse A aufgehoben, beschirmt, ummantelt, sondern schaue bei jeder politischen Sachfrage, welche Antwort meinen Bedürfnissen, Ideen und Gesamtwohlkonzepten am ehesten entspricht. Nur verhältnismäßig wenige Leute leben in ideologischen Dauerechokammern, die stets auf dieselben, parteilich vorgegebenen Antwortmuster verpflichten. Die meisten haben zwar Präferenzen, aber zugleich die Unabhängigkeit, bei jeder Sachfrage ihren eigenen Verstand zu benutzen.

I. Illiberale Demokratien und plebiszitär-tyrannische Mehrheiten

Aber ist diese Sicht auf die Entscheidungskompetenz aller Bürgerinnen und Bürger und auf die angeblich nicht drohende Tyrannei der Mehrheit nicht verantwortungslos schönfärberisch? Denn beobachten wir nicht gerade in

der Gegenwart die Entstehung illiberaler Demokratien, etwa in Ungarn oder in Polen sowie in Russland und in der Türkei, in denen jeweils eine Partei, hinter der sich die große Mehrheit der Bevölkerung schart, systematisch Meinungsfreiheit und Rechtsstaatlichkeit untergräbt? Dabei richteten sich weder die illiberal werdenden Demokratien noch die populistischen Bewegungen in den einstweilen noch liberalen Demokratien gegen Repräsentation an sich. Und wenn ‚Rechtspopulisten‘ hierzulande nach Volksabstimmungen rufen und gegen Parlamente als Schwatzbuden wettern, dann ist nicht ausgemacht, dass sie bereit wären, einen missliebigen Ausgang einer Volksabstimmung als Ausdruck des Volkswillens zu akzeptieren.

Die bereits realexistierenden illiberalen Demokratien kranken nicht daran, dass dort ‚das Volk‘ zu häufig entscheiden dürfte, sondern daran, dass eine Art monströs-leviathanische Über-Repräsentation das politische Ideengefüge zerfrisst wie der Hausschwamm feuchtes altes Gebälk. *Illiberale Demokratien sind eine extreme Konsequenz aus der vormodernen Idee der Repräsentation, keineswegs die Konsequenz einer partizipatorischen Ermächtigung der mündigen modernen Menschen:* Dort wird nicht bloß wie im parlamentarischen Repräsentativismus davon ausgegangen, dass verschiedene Menschengruppen verschiedene Repräsentanten bräuchten, die einander dann als Vertreter verschiedener Parteien im Parlament gegenüberstehen. Sondern es gibt nur noch eine Gruppe, nämlich ‚das Volk‘ selbst, das repräsentiert werden soll, und zwar unter Verleugnung aller Differenz. Was dieses Volk ist und will, kann vermeintlich allein der es ausschließlich (über)repräsentierende Volksversther und Volksanführer an den Hebeln der Macht erfassen. Nur gelegentlich lässt er sich, etwa in Plebisziten, akklamieren.

Plebiszitär-tyrannische Mehrheiten, die Minderheiten drangsaliieren, treten nicht dann auf, wenn in liberalen Systemen jeder das Seine und jede das Ihre in die politische Waagschale wirft – wenn verschiedene Positionen um die Gunst der Mehrheit in einer Volksabstimmung unter freien Bedingungen buhlen. Denn diese Mehrheit ist immer wieder eine andere – und eine direkt-partizipatorische Demokratie lebt von der ständigen Revidierbarkeit ihrer Entscheidungen, die eine Tyrannei der Mehrheit im Keime erstickt. Die illiberalen Demokratien sind hingegen die dem Entwicklungsstand unserer Gattung nicht wirklich angemessene Antwort auf das eigentliche, aber nicht erkannte Problem, nämlich das eines vormodernen Bedürfnisses nach Repräsentation.

Die illiberalen Demokratien, in denen wie in Ungarn eine populistische Partei herrschend geworden ist, sprechen gegen die oben geäußerte These, Populisten gelinge es nicht auf Dauer, eine Masse zu stabilisieren. Ich muss zugeben: Eine solche Stabilisierung kann sehr wohl gelingen, und zwar

dann, wenn die Menschen ein zu geringes Vertrauen in ihre individuelle Entscheidungsmacht haben – wenn sie nicht repräsentativ-demokratisch schon Jahrzehnte lang vorbereitet sind, das politische Entscheiden-Können zur ureigensten Sache zu machen. Wenn sie zur direkten Partizipation noch nicht vorbereitet sind.

J. Das Ende der Stellvertretung?

„In modern times almost everyone wants to be governed by representatives (although not necessarily by a conventional representative government); every political group or cause wants representation“.¹³ Das würde immerhin erklären, warum überall der Ruf nach Repräsentation laut wird, gerade in einer sich diversifizierenden Gesellschaft: Jede einzelne Gruppe – die der Frauen, der Homosexuellen, der „Menschen mit Migrationshintergrund“ beispielsweise – wünscht vernehmlich, angemessen repräsentiert zu werden, aus der Erfahrung heraus, bisher nicht hinreichend Gehör gefunden zu haben. Dass dabei, selbst wenn Repräsentation erkämpft oder gewährt wird, wiederum Folgeprobleme auftreten, liegt auf der Hand, etwa, dass das Allgemeine, das Menschsein aus dem Blick gerät, und dass jede repräsentationswillige Gruppe genau auf die Merkmale reduziert wird, die eigentlich Diskriminierungsmerkmale sind. Jedoch bestünde „Emanzipation“ gerade „darin, nicht auf eines dieser Merkmale reduziert zu werden, oder sich selbst darauf zu reduzieren.“¹⁴ Zudem tut sich nicht nur die Schwierigkeit auf, welche Gruppe denn eigentlich repräsentationswürdig ist, sondern vor allem auch die Schwierigkeit, dass jedes menschliche Individuum zahlreichen Gruppen gleichzeitig angehört, aber dann mehr oder weniger willkürlich entscheiden müsste, welcher Gruppe es sich zum Zwecke der Repräsentation anschließen soll: Das Verlangen nach Repräsentation scheint gerade für diejenigen, die sich nicht genügend gehört und gewürdigt finden, aus der Verlegenheit geboren zu sein, dass das politische System ganz im Stil des 18. Jahrhunderts noch immer auf Repräsentation gepolt ist: Daher kann sich nur Gehör und Würdigung verschaffen, wer repräsentiert wird.

13 H. F. Pitkin, *The Concept of Representation*, Berkeley/Los Angeles 1967, S. 2. S. Tormey, *The End of Representative Politics*, Cambridge 2015, S. 1 hält dagegen, dass dies in der Gegenwart gerade nicht mehr so sei. Moderne Protestbewegungen wie Occupy nähmen vom Repräsentationsanspruch Abstand.

14 A. Nassehi im Gespräch mit M. Köhler: Wenn Diversität sich gegen den Menschen kehrt. Deutschlandfunk, 8.9.2019, auch unter https://www.deutschlandfunk.de/soziologe-armin-nassehi-wenn-diversitaet-sich-gegen-den-911.de.html?dram:article_id=458139 (Zugriff 8.4.2021).

Aber das von Hanna Fenichel Pitkin formulierte, allgemeine Repräsentationsbedürfnisdogma beschreibt keine anthropologische Konstante, sondern bloß ein Funktionsbedürfnis bestimmter politischer Systeme. Was die Menschen eigentlich wollen, ist Teilhaben. Gerade in sich diversifizierenden Gesellschaften geht es nicht um angemessene Repräsentation, sondern um angemessene Partizipation. Jeder und jede soll sein und ihr Anliegen vortragen, als politisches Anliegen formulieren und allen anderen zur Abstimmung vorlegen können. *Diversität verlangt Partizipation.*

Ein gewichtiges Argument zugunsten einer in Parlamenten und Regierungen professionalisierten Repräsentation bringt Volker Gerhardt vor, wenn er zum einen vehement für die Partizipation als „tätige *Teilnahme der Bürger* an der politischen Organisation“ antritt, sich zum andern dafür ausspricht, „durch die den zivilisatorischen Zusammenhang allererst ermöglichende *Arbeitsteilung* die Bürde der alltäglichen Partizipation durch *Repräsentation* zu erleichtern“. ¹⁵ Das Argument ist unscheinbar in einen Nebensatz verpackt, hat es aber in sich. Es rechtfertigt Repräsentation – sie „stellt das Ganze eines Handlungszusammenhangs vor und bewältigt stellvertretend für alle die Probleme, die *für* die Gemeinschaft bestehen und sich *mit* ihr ständig vermehren“ ¹⁶ – nicht durch eine parametaphysische Abbildtheorie, wonach die Repräsentanten irgendwie den Repräsentierten ähnlich sein sollen, weil sie etwa ihrer Gruppe angehören. Sondern durch eine kurzgefasste Modernisierungstheorie der Arbeitsteilung.

Die Frage freilich ist, ob das politische Handeln zu denjenigen Geschäften gehört, die tatsächlich der Arbeitsteilung unterliegen sollten oder dürfen. Wenn mein Nachbar Schuhe produziert, ich aber Milchreis, oder meine Nachbarin Krankenversicherungsverträge, ich aber philosophische Bücher, so können wir durch den Austausch der Güter und Dienstleistungen gegenseitig voneinander profitieren. Durch die arbeitsteilige Spezialisierung wächst die Qualität der jeweiligen Produkte. Zwar wäre, entsprechende Begabung und Ausbildung vorausgesetzt, jede und jeder im Stande, Schuhe, Milchreis, Krankenversicherungsverträge oder philosophische Bücher zu produzieren, aber keine dieser Tätigkeiten gehört zwingend zu dem, was mündiges Menschsein ausmacht. Hingegen gehört es sehr wohl zu diesem mündigen Menschsein, das im Prozess der Modernisierung mühsam errungen wird, über die Bedingungen der Möglichkeit des eigenen Seins zu ent-

15 V. Gerhardt, Demokratie als politische Form der Menschheit, in: Freiburger Universitätsblätter 221 (2018), S. 31–43, hier S. 36.

16 Ebd.

scheiden. Das ist vielleicht die grundlegende Erkenntnis des direktdemokratischen Partizipationismus: *Das Politische ist im Prinzip nicht delegierbar*. Es unterliegt nicht der typisch modernen Arbeitsteilung. *Denn im Politischen geht es um die Bedingungen der Möglichkeit des eigenen sozialen Seins*.

Das bedeutet indes nicht, dass man nicht auch viele Entscheidungen delegieren kann, an Leute, die politische Aufgaben mittlerer Reichweite gerne professionell erledigen. Sie, Abgeordnete und Regierungsmitglieder, sind fürs Tagesgeschäft gut und nützlich – wie es Verwaltungsbeamte, Managerinnen oder Professoren auch sind –, aber es steht ihnen doch nicht zu, den politischen Raum als ganzen zu gestalten. Das können nur alle Menschen gemeinsam machen. Dabei steht das, was von prinzipieller Relevanz für die Bedingungen der Möglichkeit unseres sozialen Seins ist, keineswegs ein für alle Mal fest. Vielmehr muss es immer wieder neu festgelegt werden. An sich kann prinzipiell alles zu einer solchen Frage gemacht werden und muss ‚vors Volk‘. Und jede Bürgerin, jeder Bürger muss nach eigenem Urteil die Möglichkeit haben, ein Anliegen für prinzipiell genug zu erklären, um es dem Urteil aller zu unterwerfen: Wenn er oder sie eine genügende Anzahl von Mitstreitern findet, kann eine Initiative eingereicht oder das Referendum gegen Entscheidungen der professionellen Politiker mit ihrem mittleren Denk- und Handlungshorizont ergriffen werden.

Der Repräsentativismus steht für eine Ungleichzeitigkeit des Gleichzeitigen: Er ragt in eine direktdemokratische Möglichkeitskultur wie ein urtümlicher Überrest hinein und versperrt den weiten Blick. Wirklich möglichkeitsmächtig wird der Mensch erst durch Partizipation – an den Sachentscheidungen teilzuhaben, die die Bedingungen der Möglichkeit unseres sozialen Seins immer wieder neu gestalten.

Repräsentation heißt, dass ein anderer für mich steht. Partizipation heißt, dass ich für mich und für das einstehe, was mir für das Zusammenleben tunlich erscheint. Modern werden heißt, Repräsentation zurückzudrängen und Partizipation zu erweitern. Repräsentation ist in der Jetztzeit vor allem noch eine Ausrede, mit der wir die Selbst- und Weltverantwortung für den politischen Raum auf andere, unsere ‚Repräsentanten‘ abwälzen. Aber die Ausrede sticht nicht mehr.

K. Das Paradox der Stellvertretung

Freilich ist Repräsentation mit dem bislang Gesagten nicht einfach abgetan. Denn es gibt da noch das modernisierungstypische Paradox der Stellvertretung. Es ist ein heroisches Paradox der Modernisierung: Einerseits bedeutet Modernisierung seit einigen hundert Jahren, das Joch der Stellvertretung nach und nach abzuschütteln: Kein Kaiser, keine Ständeversammlung, keine Kirche gibt es mehr, die für mich eintreten. Ich muss für mich stehen, keiner nimmt mir das ab. Andererseits muss ich immer mehr abgeben, abtreten, auslagern. Die meisten Dinge kann ich nicht mehr – wie meine Ementaler Bauernvorfahren im 17. Jahrhundert – selbst erledigen, sondern brauche dafür Spezialisten. Ausdifferenzierte, arbeitsteilige Gesellschaften funktionieren so. Einerseits wird dem Individuum nahegelegt, es habe alles in der eigenen Hand, andererseits muss es ganz viel aus der Hand geben. Wir wollen immer mehr Dinge in die Hand bekommen, sind dafür aber auf immer ausgeklügeltere Handlangerdienste angewiesen.¹⁷ Das neuzeitliche Individuum, das seinem eigenen Selbstbild gemäß ohne Stellvertretung auskommen will, muss sich immer vielfältigerer Stellvertretungen bedienen.

Ist da also nicht der parlamentarische Repräsentativismus, der im Unterschied zu Kaiser und Kirche abwählbare Repräsentanten bereitstellt, die Lösung für dieses Paradox, insofern es sich aufs Politische erstreckt? Wohl nicht, solange er ein -ismus ist – solange er von der Suggestion lebt, die Entscheidungen aller über die Bedingungen der Möglichkeit ihres sozialen Seins ließen sich auf eine längere Zeit – für mindestens eine Legislaturperiode – an einige wenige Repräsentanten abtreten. Etwa ein Jahrhundert lang – während der Halbermündigung des westlichen Individuums – hat das repräsentativistische System zwar ganz gut geklappt. Wenn aber nicht alles täuscht, ist diese Zeit nun vorüber.

Ganz ermündigt, braucht dieses Individuum und braucht die Vielzahl der Gruppen, denen es angehört, keine starr-mimetische oder starr-advokatorische Stellvertretung von Leuten, die auf Jahre hin seine und ihre Geschäfte zu besorgen wännen. Wir brauchen hunderterlei Stellvertretung, immer wieder neu, je nach Situation und Bedürfnis, um so die Bedingungen der Möglichkeit unseres sozialen Seins fortwährend zu gestalten. Zu gestalten durch unsere eigenen Entscheidungen, für deren Ausführung wir Stellver-

17 Dazu A. U. Sommer, Zur Philosophie musealen Sammelns, in: B. Collenberg-Plotnikov (Hrsg.), Das Museum als Provokation der Philosophie. Beiträge zu einer aktuellen Debatte, Bielefeld 2018, S. 155–166.

treter haben, durchaus auch in den Parlamenten und Regierungen. Die Vielfalt und Vielgestaltigkeit der Stellvertreter entspricht der Wendigkeit und Vielbühnenhaftigkeit des modernen Individuums.

Die Organisation unseres politischen Lebens, exklusiv fokussiert auf parlamentarischen Repräsentativismus, ist unserer kulturellen Entwicklungsstufe nicht mehr angemessen. Die Idee fester Repräsentation ist im Zeitalter der Diversifikation und des Möglichkeitspluralismus schlechterdings überholt. Bewegliche Wesen brauchen politische Bewegungsfreiheit: Direkt-partizipatorische Demokratie.¹⁸

18 Siehe ausführlicher zum Thema dieses Artikels *A. U. Sommer*, Eine Demokratie für das 21. Jahrhundert. Warum die Volksvertretung überholt ist und die Zukunft der direkten Demokratie gehört, Freiburg im Breisgau/München/Wien 2022.